

Berliner Tageblatt

Nr. 128

und Handels-Zeitung

Geschäftsbureau: Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Forderungen des Comité des forges.

Gewaltfamer Abtransport der Kohlen verlangt.

Anzuerkennung mit den Misserfolgen der Regierungspolitik.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. März.

Der Sozialist Blum fragte gestern im „Populaire“: „Gedenkt Poincaré die Befehle bis zur Katastrophe zu treiben, um Kohle aus dem Ruhrgebiet zu holen?“ Die Zeitung des Comité des forges, die „Journé Industrielle“, bringt heute in einem sehr interessanten Artikel die Antwort auf diese Frage. „Im Ruhrgebiet lagern jetzt 400000 Tonnen, die seit fast drei Monaten lang die französischen Höfen speisen, die jetzt zu einem erheblichen Teil die Arbeit eingestellt haben. Bisher haben die Deutschen den Abtransport verhindert. Jetzt sind genügende Waggons vorhanden und mit dem Abtransport könnte begonnen werden wenn man den Kohlen von den Zechen hätte. Da diese Maßnahme etwas gewaltfam ausgeführt werden müßte, könnte sie zu Zusammenstößen führen. Diese Zusammenstöße fürchtet Blum, und da er den Ministerpräsidenten kennt und weiß, daß dieser vor Verantwortung dieser Art zurückzuckt, verliert er durch die Prophezeiung blutiger Kämpfe auf ihn ein großes Vertrauen.“ Die „Journé Industrielle“ antwortet nun Herrn Blum weiter: „Selbst im Anfang der Ruhrkrisis sind aus Deutschland nicht mehr als zehn Waggons mit Kohle nach Frankreich gelangt. Die französische Metallindustrie hat dadurch bereits mehr als 20 Millionen verloren und was wichtiger ist, als der Geldverlust. Diese tausende französische Arbeiter werden erbeitslos. Die Preise für die Kohlen werden steigen. Alle Preise gehen auf neue in die Höhe. Eine ganze Reihe anderer Industrien wird in Mitleidenschaft gezogen, so daß soziale Unruhen zu befürchten sind. Kann Herr Blum, obwohl er Sozialist ist, solche Zustände in Frankreich wünschen?“ Diese Schilderung der großen Gefahr, die endlich einmal ohne Beschönigung zeigt, wie unbedenklich das französische Volk von den französischen Berühmtheiten belogen worden ist, wird durch einige Zitate über Deutschland ergänzt, in denen gelangt wird, daß Deutschland für drei Monate Kohle habe und deshalb das Spiel gegen Frankreich fortsetzen könne. Wenn wir diesen Zustand dulden, werden wir allmählich

fächerlich, und unsere Operation wird nutzlos. Deshalb müssen wir die Frage des Zwanges in Betracht ziehen. Soll die Befehle der Ruhr eine Zwangsoperation sein? Dann muß der Zwang so angewandt werden, daß er keine Wirkung erzielt. Sonst hat unsere Operation keinen Zweck. Es ist sicher, daß die Westfalen bereits nachgegeben haben würden, falls sie ihrer Regierung sagen könnten, sie müßten dem Zwang weichen. Die Illusionen die „diplomatischen Beuten“, die haben Maßnahmen und die Befürchtungen der Regierung stehen im Widerspruch zu dem Zweck, der uns nach der Ruhr geführt hat. Wir sitzen seit zweieinhalb Monaten an der Ruhr. In dieser Zeit muß die Regierung erlaubt haben, was sie auszurichten vermag. Wenn sie beschließt, den Kohle zu holen, den wir brauchen, muß man annehmen, daß sie das Mittel dazu besitzt, um diesen Beschluß auszuführen. Verlangen die Mittel, dann hat die Regierung nicht ihre Pflicht getan. Man hat oft gesagt, daß die französische Industrie die Ruhraktion genehmigt habe, die Wahrheit ist, daß die Industrie nicht gefragt worden ist. Heute erheben die Industriellen ihre Stimme, weil es sich nicht mehr um Gewinne und Verluste, sondern um Arbeitslosigkeit, Teuerung, soziale Unruhen und nationale Gefahr handelt. Die Unfindigkeit an die Regierung ist von Bedeutung. Zum ersten Male werden nicht bloß der wirtschaftliche Misserfolg, sondern auch die Gefahren für die inneren Verhältnisse Frankreichs offen eingestanden. Der einzige Fehler dieses Artikels beruht auf der letzten offiziellen Äußerung der falschen Einschätzung des Widerstandes der westfälischen Arbeiter. Diese Äußerung ist erledigt, seit, sobald der erste Versuch, Kohle mit Gewalt aus den Zechen zu holen, misslungen ist.

Die Gerüchte über Verhandlungen, die in den letzten Tagen verbreitet worden, haben wenigstens eine Wirkung gehabt: In London und New-York wurden große Summen von Francs gekauft, und der Kurs der französischen Finanz tiege deshalb gestern zunächst beträchtlich. Später trat eine Reaktion ein, wahrscheinlich weil die Elemente bekannt wurden. Einige Blätter betonen dieses Ergebnis als einen Vorteil für Frankreich. In anderen Zeitungen wird dagegen das richtige Urteil ausgesprochen, daß die Wirkung der Verhandlungsgerüchte auf den Franc Kurs lediglich der Beweis dafür sei, wie sehr die Finanz dieser gefährlichen Spannungen müde ist. Die Verbesserung der Devisen ist nicht durch Verhandlungen über eine deutsche Kapitalisation, sondern durch das Gerücht von einer französisch-belgischen Vereinigung zur Annahme einer englischen Vermittlung herbeigeführt worden.

Das Ruhrgebiet und die falschen Interventionsgerüchte.

Nur eine reinliche Lösung!

Telegramm unseres in das Ruhrgebiet entsandten Sonderkorrespondenten.

Paul Schaffer.

Im Ruhrgebiet, 15. März.

Es war auffallend, welchem Zentralismus die von Paris verbreiteten Nachrichten über eine Intervention entgegen der Regierung in den Ruhrkonflikt hier begegneten. Niemand im Ruhrgebiet kann wissen, daß der Zustand, der durch den Einbruch geschaffen ist, sich auch nur eine Stunde verlängert. Was einem Überdauern der Gefahr besteht hier niemand seine politischen Meinungen. Sie waren dann kaum so handfest geblieben. Aber die Überzeugung ist allgemein, daß keine Lösung erträglich ist, die nicht reinlich ist. Die Franzosen müssen hier verschwinden. Niemand anders, der Feind ist, soll an ihre Stelle kommen. Kein Zustand ist erträglich, der den Zielden weiteren Vordräng leistet, die sich in dem Einbruch ausgebreitet haben. Und natürlich darf das, was für das Ruhrgebiet erreicht wird, nicht im Zugeständnisse im Rheinland bezahlt werden. Mehr will man nicht, weniger auch nicht. Keinerlei Verhältnisse, die Schranke seit 1918 ohne Ende muß abgebrochen werden.

Das ist die Grundstimmung. Natürlich, sie zerlegt sich in allerlei Erwägungen. Zunächst eines: Ein „halber“ politischer Zustand bedeutet halbe Arbeit in den Werken und in den Gruben. Es gibt für die Arbeit im Ruhrgebiet nur eine politische Regelung, die ihrer Natur entspricht, das ist die deutsche. So wie es war. Das ist eine Beweiskennung vom bloßen Rechtigkeitsstandpunkt aus. Sie zählt darum nicht weniger. Der Welt muß gesagt werden: Die Produktionsfähigkeit des ganzen Wirtschaftsgebietes hängt von ihr ab. Wie festes an der Saar? Was ist aus Ober-Schlesien geworden? Hier denkt man wirtschaftlich wie an wenigen anderen Stellen der Welt. Die Direktoren, die Industrieführer kennen ihre Arbeiter. Sie wissen, was der Arbeiter will. Wenn der „Kapitalisten“ von manchen Seiten auch hier zugestimmt wird, sie könnten mit dem internationalen Kapital partizipieren, so übersehen diese Leute, wie wenig fruchtbar ein solcher Vorschlag für die Arbeiter werden würde. Die Arbeiter werden nicht mehr leben können.

Dann politische Erwägungen. Immer dieselben Fragen in laute Form. Wissen die Franzosen, daß sie nie hierbleiben können? Weiß die Welt, daß niemand auf dies Land ein Recht verheißt kann, außer dieses Land selbst? Es denkt vielleicht nicht jeder so, aber so fühlt jeder. Solange dieses Land einem Einbruch offenliegt wie diesem, kann hier nicht und kann nicht im übrigen Deutschland die Ruhe eintreten, ohne die das Leben auf die Dauer nicht erträglich ist. Auch das ist jedem bewußt. Diese Empfindung muß reifen in der ganzen Welt. Die Empfindung dafür, daß dieses Experiment auf dem Rücken dieses stolzen Erbes Erde ein zweifaches, ein sinnloses Unrecht war und nie wiederholt werden darf.

Wenn diese Grundlage geschaffen ist, dann soll auch alles getan werden um eine reinliche, dauernde, glückliche Lösung zu suchen. Wenn diese Grundlage geschaffen ist und Verhandlungen beginnen,

wird das Ruhrgebiet keine Zugespaltung wünschen. Das ist so gewiß wie alles andere. Es wünscht schon jetzt nichts, was danach klingt oder danach aussieht. Janzarentino wissen in diesem Bezirk peinlich. Was werden wir, später, wenn er einmal die Entscheidung gefaßt ist, darüber hört man hier sehr wenig sprechen. Ich begegne aber oft folgenden Gedanken: Wenn den Franzosen eine so breite goldene Brücke wirklich gebaut werden müßte, daß sie sich nur verpflichten würden, nach Abschluß der Verhandlungen abzugehen, dann ist das nur möglich, wenn alle Gefangenen sofort freigelassen alle Vertreibungen sofort zurückgeholt werden. Ich spreche hier nicht von maßgeblichen Formulierungen. Aber ich spreche von dem, was jeder einzelne hier für selbstverständlich hält und was die ganze Welt interessiert.

Es liegt hier alles so einfach für jedermann. Und den rechten Weg zu finden, muß die ganze Welt, müssen die Politiker ebenso einfach denken. Sonst wird auch, was freundschaftlich gedacht ist, um den Konflikt zu lösen, nur das Unheil verlängern vergrößern. Was aus England herbeikommt, erregt Mißtrauen. Unabgesehen. Man sah nur ein Mandat hinter diesem Alarm, der von London nach Paris schallte.

Die Verhaftung der Hauptzeugen.

Abtransportiert, unbekannt wohin.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 16. März.

Die Verhaftung von zwei Hauptzeugen des Attentats auf die französischen Offiziere hat hier große Aufregung hervorgerufen. Die beiden Verhafteten, der Gattin mit Sandmann, vor dessen Töten die Erziehung der beiden Offiziere durch die Alpenjäger stattfand, und der Bergmann Winking der durch Eid ausgelagt hat, daß er mit eigenen Augen gesehen habe, wie zwei französische Alpenjäger auf die beiden Offiziere geschossen haben, sind unbekannt wohin transportiert worden. Die deutsche Kriminalpolizei, die die Ermittlungen in der Angelegenheit angestellt hat, hat nunmehr ihren Dienst eingestellt, weil ihre Arbeit durch die Befehlsgewalt erschwert, besser gelagt verhindert wird.

Vorkopf französischer Kavalleriepatrouillen

Belegung Düsseldorfischer Bahnhöfe.

Münster, 16. März. (W. Z. B.)

Im Laufe des gestrigen Nachmittags sind französische Kavalleriepatrouillen in Bergischen Lande über Gummerbach nach Rindertsh und Cöberghausen vorgezogen und haben sich dort einquartiert. Gummerbach ist nicht besetzt. Auf den Landstraßen werden Kontrollstellen eingerichtet. Die Befehle von Linde und Engelskirchen ist am 14. März zurückgegeben worden. Die Bahnhöfe Düsseldorf-Gravenberg, Düsseldorf-Heerentfeld und Düsseldorf-Eller sind gestern nachmittag von Franzosen besetzt worden. Das deutsche Beamtenpersonal wurde verjagt. Die Amtsgebäude wurden von den Franzosen in Besitz genommen. Das Verleihen durch deutsche Beamte wird verweigert.

Provisorische Steuerreform.

Zur gestrigen Annahme des Geldwertengesetzes.

E. F. Nach stürmischer dritter Lesung wurde gestern das „Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererlassen“, wie sein schwerfälliger Titel lautet, vom Reichstag angenommen. In namentlicher Abstimmung mit zweihundertundneun Stimmen gegen einhundertsechszwanzig. Also nicht mit der breiten Mehrheit, die das Steuerreformgesetz vom April 1922 und die Gesetze zum Schutz der Republik gemacht hat. Weiße Ja-Zettel gaben ab die Deutschen, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Bayerische Volkspartei, ebenso die Demokraten, diese allerdings mit Ausnahme einiger Abgeordneter, die sich der Abstimmung enthielten oder sich vorher entfernten. Gegen das Gesetz stimmte außer den Kommunisten auch die Vereinigte Sozialdemokratie. Es ist das erste große Gesetz, das nach dem Ausschließen der Sozialdemokratie aus dem Kabinett ohne sie zustande gekommen ist. Das ist bedeutsam. Nicht als ob jedes wichtige Gesetz unbedingt des Placet der Sozialdemokratie bedürftig. Wohl aber weil eine Steuerreform, die wirksam werden soll, von der inneren Zustimmung der breiten Massen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer getragen sein muß, und weil in der Zeit der Ruhrinflation, die die Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes erfordert, auch der Zuhilfenahme werden muß, als sei hier eine Kampffront der vereinigten „bürgerlichen“ Parteien gegen die sozialistische Linke etabliert. Wenn der „Vorwärts“ allerdings vor einiger Zeit bedauernd erwähnte, daß die Linie, die früher von Erzberger und Wirth über Erzenz zu Reil und Scheidemann ging, jetzt von Helfferich über Beden-Bellen und Herold bis Fischer-Röhn reicht und dort abdriftet, so vermag er, daß das Steuerreformgesetz vom April 1922 von einer Koalition zu Reil gemacht und von einer Opposition unter der Führung des damaligen Unabhängigen Herk bekannt, dem Sozialdemokraten, der jetzt als Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratie das neue Steuergesetz in Einzelheiten nicht unzutreffend, im ganzen mit maßvoller agitatorischer Hebertreibung angegriffen hat.

Der polemische Teil der gestrigen Reichstagsdebatte wurde außer von Herk durch Helfferich bestritten, der die Gabe hat, schon durch die Form seiner Ausführungen ohne Rücksicht auf den Inhalt provozieren zu können. Auch seine gestrigen Demonstrationen dürften selbst bei den Parteien, die mit ihm stimmen, ein erhebliches Mißbehagen hervorgerufen haben. Reichsminister Dr. Ferno verteidigte in seiner Rede gegen die Lieberbreitungen des sozialdemokratischen Redners das Gesetz, das sich im Laufe der Ausschüßberatungen gegenüber der Regierungsvorlage außerordentlich verändert hat. Heute vor acht Tagen sollte die Sozialdemokratie durch Obstruktion das Gesetz beschlußunfähig gemacht. Gestern letzte die der Verabschiedung des Gesetzes eine Schwierigkeit in den Weg. Bei den Verhandlungen die inzwischen abgelaufen sind, sind einige Änderungen im Sinne der Sozialdemokratie vorgenommen worden — zum Teil rein deklaratorischer Natur. Auch hat der gewerkschaftliche Flügel des Zentrums, das im Ausblick unter Führung von Herold einseitig agrarisch orientiert gewesen war, seinen Einfluß hinter den Rücken zur Geltung gebracht. Mit seiner Freude wird das Werk wohl von seiner Partei begrüßt. Der Finanzminister bezeichnet es als einen Versuch zur Beilegung steuerlicher Ungerechtigkeiten, die sich aus dem Bestürmen des Gesetzes wurde ein Fortschritt genannt. Wie weit der Fortschritt geht?

Zweifellos ist, daß die Geldentwertung, das besonders ihr katastrophaler Fortschritt im Jahre 1922 zu ungeheuerlichen Ungerechtigkeiten geführt hat. Es liegt auf der Hand, daß ein Steuerjahr, das mit einem Dollarkurs von 186,50 beginnt und mit dem Kurs von 724,15 endet, ein Jahr, in dem der Lebenshaltungssindex von 1640 auf 68,60 steigt, mit den hergebrachten Maßstäben steuerlicher Gerechtigkeit nicht mehr bewältigt werden kann. Diesen Mißständen auf dem Gebiet der Besitz- und Verkehrssteuern sollte das Gesetz abhelfen. In seinen Einzelheiten ist das Gesetz außerordentlich verzweigt, und der Vorwurf abichtlicher Unübersichtlichkeit, den der sozialdemokratische Redner in einem Punkte erhoben hat, ist sicherlich unbegründet, da bei der Kompliziertheit der Materie ein solches Resultat ohne jede Rücksicht erzielt worden ist. Ein ganzes Bündel von Steuern, die Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die Vermögenssteuer, die Erbschaftsteuer, die Kapitalertragssteuer, die Kapitalertragssteuer, die Versicherungssteuer, die Besteuerung des Person- und Güterverkehrs, und außer diesen Steuererlassen noch das Kenn-, Wett- und Lotteriegeld, sowie das Wechselstempelgesetz werden abgeändert. Will man eine Übersicht gewinnen, so muß der umfangreiche Stoff nach drei Gesichtspunkten gliedert werden: der Geldentwertung bei den Zinsen, bei der Bewertung und bei der Zahlung.

Es liegt auf der Hand, daß die nach Art und Höhe der Einkommen gestaffelten Tarife mit fortschreitender Geldentwertung eine nicht gewollte und nicht erträgliche Verschärfung erfahren, wenn das Einkommen und das Vermögen bei der Durchführung der Besteuerung nur noch einen Bruchteil der Kaufkraft besitzt, die es bei Erlaß des Steuererlasses gehabt hat. Das schwierige Problem wäre gelöst, wenn die Tarife ein für allemal auf Goldmark oder eine andere feste Werteneinheit (Zunder) gestellt würden. Die Deutsche demokratische Partei hat seit langem auf diesen Weg hingewiesen. Ueber den Vorschlag wurde bereits früher einmal im Reichstag verhandelt: den Anlaß bildete die Tatsache, daß der Dollarkurs im Sommer 1921, als die Regierung den Vermögenssteuerentwurf aufstellte, sich um 60 bis 70 Mark herumdrehte, während der Dollarkurs bei Beratung des Entwurfs im Reichstage bereits zwischen 170 und 330 schwankte. Die Regierung hat den Kerngedanken als richtig anerkannt, auch mit Sachverständigen

Mädchenschänder.

Ein Kulturkrieger.

Münster, 14. März. (Rth.)

Der Regierungspräsident von Münster, Dr. Gahlende, hat an den französischen Oberdelegierten für die deutsche Zivilverwaltung, General Denbignes in Düsseldorf, folgendes Schreiben gerichtet:

Am 16. Februar, abends gegen 9 Uhr, wurde, wie mir gemeldet wird, die berühmte Josephine Maier in Knippenburg, Nr. 36 wohnhaft, auf Essen-Deiwiger Gebiet in der Nähe der Kanalarbrücke von sechs französischen Marinejolidaten vergewaltigt. Die Maier befand sich mit ihrem Bräutigam auf dem Wege zu ihrer neuen Wohnung in Essen-Deiwiger, Schulstraße, um auf einem Hanwaggen Möbel dorthin zu bringen. In der Kanalarbrücke wurden die beiden angehalten und von dem Bräutigam der Hof verlangt, den dieser auch vorgeigte. Im Gesellschaft der sechs Franzosen befand sich noch ein Belgier, der verließ deutsch sprach. Einer der französischen Soldaten hielt den Bräutigam, Kanja, hier, Bahnhofstraße 42 wohnhaft, die Pistole vor das Gesicht und zwang ihn, mit den Möbeln zurückzuführen. Die Soldaten entfernten sich mit der Maier. Nach einigen Schritten riefen sie ihr Halt zu und leiteten ihre Waffen auf die Brust. Der Belgier erklärte, falls sie alle beiseite würde, würde ihr nichts geschehen, anderenfalls aber würde sie erschossen. Kaum hatte das Mädchen dieses Versprechen mit Nein beantwortet, als sie auch schon von den französischen Soldaten in den Graben geworfen wurde.

Das Schreiben schildert dann, wie man ihr mit einem Strick die Hände rückwärts zusammenband, ihr die Pistole auf die Brust setzte und die sechs Soldaten sie der Reihe nach aufschlugen. Man band ihr den Strick von den Händen, kopfte ihr den Mantel ab und eröffnete ihr, daß sie erschossen und ins Wasser geworfen würde, falls sie ihrem Bräutigam etwas sage. Daraufhin wurde sie entlassen.

„Ich greife diesen Fall“, heißt es in dem Schreiben des Regierungspräsidenten weiter, „anzu und menschlicher Rache aus der Fülle der tagtäglich vorkommenden Verwaltungen heraus, um erneut gegen dieses unerhörte Verhalten französischer Soldaten gegenüber der deutschen Bevölkerung feierlichst Protest zu erheben. Ich frage Sie, Herr General, wie lange das Oberkommando diese schandvollen Zustände noch dulden wird. Mein Protest gegen die schmerzlichen Ausschreitungen in Recklinghausen am 7. und 8. Februar ist ohne Antwort geblieben. Sollte das französische Oberkommando tatsächlich in die diesem Protest hervorgehobenen Handlungen sowie diese neueste Schandtat der ihm unterstellten Truppen durch stillschweigendes Dulden der Sünden wollen, so mag es immerhin leicht sein, die Beschwerden eines wehrlos gemachten Volkes und die Proteste seiner Regierung zu überhören. In der gesamten Kulturwelt aber hat es stets noch als Feindschaft und Schande gegolten, sich an Wehrlosen, zu mal an Frauen, gewalttätig zu vergreifen. Ich darf also Ihrer Antwort entgegengehen, welche Erledigung der vorliegende schändliche Fall gefunden hat.“

Neue Willkürakte der Franzosen.

Amsenthebung eines Regierungspräsidenten.

Düsseldorf, 16. März. (W. L. W.)

Der Regierungspräsident der Provinz Westfalen, Doerr, ist von den französischen Besatzungsbehörden seines Amtes entsetzt worden. Die Ausweisung ist noch nicht erfolgt. — Die Franzosen haben in der Oberprokuratur in Düsseldorf sämtliche Marken der Angestelltenverzeichnisse weggenommen. Da in der Angestelltenverzeichnisse das Markenverfahren erst vom 1. Januar 1923 an zur Einführung gelangt und der genaue Markenbestand den für die Postämter bestimmten ersten Bedarf darstellt, ist das gesamte Ruhrgebiet noch ohne Marken. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen selbst nicht davon zurückzuziehen, die Durchführung der sozialen Gesetze zu unterbinden. Ferner können infolge der durch die Franzosen hervorgerufenen Einwirkung in den Telegraphenverkehr Telegramme für verschiedene Orte im alt- und neubesetzten Gebiet, z. B. für Koblenz, Mainz und Wiesbaden, ihrer Bestimmung nicht mehr mit Sicherheit zugeführt werden.

Wien, 15. März. (Gca.)

Die Zahl der aus dem altbesetzten Gebiet ausgewickelten beträgt jetzt 1084.

Zwei Monate Gefängnis für einen Mord.

Paris, 16. März. (W. L. W.)

Aus Düsseldorf wird gemeldet, der französische Unteroffizier, der auf dem Bahnhof Biel bei Düsseldorf ein junges Mädchen erschoss, wurde zu zwei Monaten Gefängnis mit Strafausschub verurteilt.

Diesem Urteil gegenüber sind folgende erst jüngst ergangene Beschlüsse französischer Kriegsgerichte gegenüber Deutschen bemerkenswert: Der Antmann Weiberg aus Wanne wurde zu drei Jahren Gefängnis und fünf Millionen Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich weigerte, Kohlen an die Franzosen zu liefern. — Die bayerischen Regierungsbeamten Rudolf Mayer und Walter Müller in Offenbach hatten sich vor dem französischen Kriegsgericht in Mainz zu verantworten, weil sie dem Befehl der Besatzungsbehörden, Plakate mit Verordnungen der Rheinlandkommission anzuheften zu lassen, nicht Folge geleistet hatten, ferner die ihnen unterstellten Beamten zum Angehörigen gegen Verordnungen der Rheinlandkommission aufgefordert haben sollen. Das Urteil lautete gegen Mayer auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und 30 Millionen Mark Geldstrafe, gegen Müller auf 1 Jahr Gefängnis.

Der Warenverkehr mit dem besetzten Gebiet.

Zu der Meldung in der Morgenausgabe unseres Blattes über das Notgesetz zum Schutz der deutschen Finanzen und der Währungsreform ist ergänzend folgendes nachzutragen: Für den Warenverkehr über die Reichsgrenzen und innerhalb des Reichsgebietes ist es verboten, bei anderen als den nach den deutschen Vorschriften zuständigen Stellen Bewilligungen (Ein- und Ausfuhrbewilligungen) zu und Abaufbewilligungen) für sich oder andere zu beantragen oder anderen zu beschaffen oder von solchen Bewilligungen in diesem Verkehr Gebrauch zu machen; aus der Ausfuhr erzielte Revenüen abzuliefern oder für solche Stellen anzunehmen, Waren zu liefern bzw. anzunehmen, wenn bekannt ist oder den Umständen nach angenommen werden muß, daß sie auf Grund von Bewilligungen in das Ausland oder aus dem besetzten in das unbesetzte Reichsgebiet oder aus dem unbesetzten in das besetzte Reichsgebiet verbracht werden sollen bzw. verbracht worden sind.

Der Kommentator des Frankfurter Staatsrechts Prof. Dr. Ciolek zur Reichsgerichtsentscheidung erklärt bereits in seiner Auflage (Cicero, Jura, Gneiss, Verlag). Die neue Ausgabe stellt eine vollständige Neubearbeitung dar, in der alle neueren Gesetze und Verordnungen sowie die gesamte Literatur und die Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe verzeichnet sind.

Die Anrufung des Völkerbundes.

Cecil gegen Beschränkung der deutschen Souveränität im Rheinland.

Die Frage der „Sicherung“ Frankreichs. — Für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 16. März.

Lord Robert Cecil hat bei Gelegenheit der letzten Anträge über die Befestigung des Ruhrgebietes zweimal gegen die Anrufung des Völkerbundes gestimmt. Diese Haltung Cecil's ist hier sehr bemerkt worden. Man fragt, was für Hoffnungen man noch auf den Völkerbund setzen könne, wenn er sogar von Lord Cecil verweigert werde. Jetzt hat Cecil auf einer Versammlung der Völkerbund-Union seine Anschauungen über die Aufgaben des Völkerbundes dargelegt. Er begann damit, daß er die Befestigung des Ruhrgebietes vor allem deswegen bedauere, weil sie auf beiden Seiten eine scharfe nationale Erregung geschaffen habe. Diese Erregung könne nicht länger ohne Parteinahme angehen werden. In Deutschland habe sie den Erfolg gehabt, die Regierung an der Verlegung von Vorschlägen zur Befestigung des Ruhrgebietes zu verhindern, und in gleicher Weise sei die Abneigung Frankreichs festzustellen, seine Ansprüche zu einem Zweck in ein solches Gebiet einmarschieren zu lassen. Er sehe aber nicht ein, wie eine Lösung zustande kommen könne, bevor alle Parteien ihre Karten auf den Tisch gelegt hätten. Die erste wesentliche Aufgabe sei, daß diese nationalen Rebell zerstreut würden, daß die Parteien offen und genau erklärt werden, was sie eigentlich wollten. Dann könne man sehen, wie weit sie voneinander entfernt seien und was getan werden könne, sie zusammenzubringen. Lord Cecil führte weiter aus, er glaube nicht daran, daß Frankreich bei der Befestigung des Ruhrgebietes anexionistische Absichten habe. Er könne sich irren, aber er habe es sich eigene Mühe kosten lassen, das festzustellen, und dies sei seine wohlüberlegte Meinung. In Frankreich, glaube er, sei man weniger um die Reparationen als um die Sicherung besorgt. Deshalb müßte man vor allem Frankreich eine Sicherung gegen deutsche Angriffe verschaffen; denn solange nicht Frankreich das Gefühl der Sicherheit habe, habe es auch nicht die Gemütsverfassung zu einer geschäftsmäßigen Regelung, die bei der Reparationsfrage nötig sei. Ein großer Teil der Rede Lord Cecil's war der Frage der Sicherung für Frankreich gewidmet. Was den Garantievertrag zwischen Frankreich und England

betrafte, führte Lord Cecil aus, so glaube er nicht, daß England hier aufzugeben werde. Etwas Ordre's als ein Dreimächtepaar sei nötig. Nur der Völkerbund könne die große Aufgabe der Sicherungen lösen, und das besonders, wenn man Artikel 10 beachte, der alle Mitglieder verpflichte, sich im Falle eines Angriffs zur Hilfe zu kommen.

Wenn der Völkerbund allen Ländern der Welt offenstehe, würde auf diese Weise nicht nur Frankreich gegen Deutschland, sondern auch Deutschland gegen Frankreich gesichert sein. Man habe in der französischen Presse und auch anderswo den Vorschlag gefunden, die französische Obergrenze durch eine Neutralisierung und Militarisierung einer Zone zwischen Deutschland und Frankreich zu sichern. Lord Robert Cecil verwahrte sich ausdrücklich gegen den Gedanken eines Pufferstaates. Sein Verzicht dürfe unter keinen Umständen werden, die politische und wirtschaftliche Souveränität Deutschlands in diesen Gebietskreisen anzutasten. Das Land müsse deutsch bleiben. Nur militärische Vorbereitungen dürften in der Zone, deren Eisenbahnen zu neutralisieren seien, nicht erlaubt sein. Er glaube, daß eine solche Neutralisierung durch den Völkerbund erfolgen könne. Cecil ging darauf nochmals auf die Reparationsfrage ein. Es sei die Hauptfrage, sie in die Atmosphäre des Völkerbundes zu bringen und sie, wenn möglich, an den Völkerbundstafel zu verweisen. Hierzu sei aber unbedingt nötig, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde. Er hoffe, daß die englische Regierung die nächste Gelegenheit ergreifen werde, um eine beratende ihm gegenseitige Politik möglichst bald auszuführen. Tag für Tag entferten sich die Sympathien des englischen Volkes von seinem alten Alliierten, und es gäbe kein größeres Unglück für Europa als einen Bruch zwischen England und Frankreich.

Nach Lord Cecil sprach Clines von der Arbeiterpartei. Er begrüßte den Wunsch aus, es sollten Schritte getreten, sowohl Deutschland als Frankreich zu einer Erklärung ihrer Absichten zu bringen. Darauf nahm die Versammlung folgende Entschlossenheit an: Es sei nötig, den ganzen Komplex der internationalen Probleme, in deren Mittelpunkt das Reparationsproblem und die Sicherheitsfrage stehe, so bald wie möglich vor den Völkerbundstafel zu bringen, und zwar, wenn irgend möglich, unter der Mitwirkung Deutschlands und Amerikas. Die Wahl des geeigneten Augenblicks liege bei der Regierung, aber jede unnötige Verzögerung werde die furchtbarsten Folgen haben. Von den Mitgliedern des Vereins hoffe man, daß sie alles tun werden, um die Regierung und das Parlament bei der Verfolgung einer solchen Politik zu unterstützen.

Der französische Verbindungsmann in Bayern

Der ehemalige Kronprinz Rupprecht weiß nichts von ihm. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 15. März.

Bezugnehmend auf den Artikel des Majors Marx in der „Mündener Post“ gibt die Polizeidirektion folgende amtliche Erklärung: „Es ist richtig, daß Freiherr v. Cramer-Klett einmal, und zwar an einem nicht feststellbaren Tage des Monats Dezember 1921, feinesfalls aber, wie die „Mündener Post“ behauptet, am 6. Dezember, den Richter (den französischen Professor) im Saargebiet, die (Reb.) zusammen mit Professor Fuchs auf dessen Weisung in seiner Münchener Wohnung empfangen habe. Mit diesem Befehl, von dem Kronprinz Rupprecht keinerlei Kenntnis hatte, sondern erst jetzt durch die Mayr'sche Erklärung erfuhr, verfolgte Professor Fuchs den Zweck, durch Vermittlung des Freiherrn v. Cramer-Klett für Richter eine Unterredung mit dem Kronprinzen Rupprecht zu erreichen. Obwohl nach Vorgeben des Fuchs Richter lediglich wirtschaftliche Fragen mit dem Kronprinzen Rupprecht erörtern wollte, bezeugte Cramer-Klett von vornherein jede derartige Unterredung des Kronprinzen mit einem Franzosen als ausgeschlossen. Cramer-Klett war in derselben Zeit unternommenen Versuch des Professors Fuchs, für Richter durch die Vermittlung des Bezirksoberamtmannes Graf v. Soden einen Empfang beim Kronprinzen zu erwirken. Soden hat Richter nicht gesehen. Gelegentlich der Erhebung hat Kronprinz Rupprecht ausdrücklich betont, daß er seit Beendigung des Krieges niemals mit Franzosen weder unmittelbar noch mittelbar irgendwelche Aussprache geführt oder gehabt habe.“

München, 16. März.

Im bayerischen Landtag erhob der bayerische Abgeordnete, Geheimrat Held, gegen die Reichsbetriebsverwaltung Protest, daß sie die feinerzeit vertraglich festgelegten Bedingungen gegenüber den bayerischen Verkehrsministerien nicht einhalte. Die bayerischen Zweigstellen würden systematisch ausgefaltet. Die Verhältnisse würden unrettbar, besonders wegen der Bevorzugung der norddeutschen Industrie mit Aufträgen und Preisbewilligungen für diese Aufträge. Der noch geschuldete Betrag des Reiches an Bayern für den Übergang der bayerischen Bahnen an das Reich sei heute noch nicht bezahlt und inzwischen so wertlos geworden, daß er neu festgesetzt werden müsse. Die bayerische Regierung müsse mit aller Energie auf die Regelung und Befreiung dieser Angelegenheit beim Reich dringen. Handelsminister Meinel kam auf die Rede Helds zurück und sagte, es soll damit kein Zankapfel zwischen Bayern und das Reich geworfen werden, aber er müsse auch für Bayern Gleichberechtigung der Bahnen fordern.

Politische Tageschau.

Wie wir hören, ist die Rede des Reichsministers des Innern v. Rosenburg, die dieser Anfang nächster Woche im Plenum des Reichstags über die politische Lage halten wollte, vorläufig verschoben worden. Der Etat des Auswärtigen Amtes, bei dessen Beratung der Außenminister sprechen wollte, wird nicht von Döcker zur Verhandlung kommen, so daß die Rede des Ministers erst Anfang April zu erwarten sein dürfte.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde ein Antrag der Krantzenfien von der Regierung gestrichelt. Der Antrag annahm, daß ein Viertel der Betriebe für Arznei und Heilmittel den Patienten aufgelegt werden könne.

Am 25. April d. J. ist ein Vierteljahrhundert verfloßen, seit die Handelshochschule Leipzig — die erste Anstalt dieser Art in Deutschland — ihre Thüren öffnete. Da die Hochschule nicht Staatsanstalt ist (vielmehr vom Staat der Stadt und der Handelskammer Leipzig, sowie von den übrigen sächsischen Handelskammern zur Beiträge erhält) und über große Mittelungen nicht verfügt, wendet sie sich mit einem Wahn zur Unterstützung an Industrie, Handel und Gewerbe. Es ist zur Förderung der Hochschule die Gesellschaft der Freunde der Handelshochschule Leipzig begründet worden, die Beiträge auf ihr Postfachkonto: Leipzig Nr. 6301, entgegennehmen.

Die Märzfeier der Berliner Demokraten.

Für die Märzfeier der Deutschen demokratischen Partei am Sonntag, vornehmlich 11 Uhr, ist folgendes Programm aufgestellt: 1. Rede nicht die Hand zum Rumpf von Woyrat, vorgetragen von Wehnen-Gher, unter Leitung des Ehrenleiters Herrn Willkner; 2. Worte von Freiheitsgott, gesprochen von Herrn Karl Gher, Mitglied des Staatsrats; 3. Schwarz-Rot-Weiß nach Freiheitsgott von Wehnen, gesungen von Wehnen-Gher; 4. Gebetrede, Reichsminister Dejer; 5. Schlußgebet. Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein von Mendelssohn, der Wehnen-Gher. Die Niederlegung des Kranzes der Deutschen demokratischen Partei auf dem Friedhof der Märzgefallenen erfolgt Sonntag, nachmittags 4 Uhr. Treffpunkt für die Abordnung und Parteifreunde, die sich anschließen wollen, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 12.

Der Frauenerwerbsausschuss im Bezirk IX der Deutschen demokratischen Partei veranstaltet am Sonntag, 18. März, nachmittags 5 Uhr im Hause von Frau Weber, Halensee, Kurfürstendamm 110/111 (am Ringbühlweg Halensee) eine Gedenkfeier an den 18. März 1848. Die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Marie Elisabeth Süders wird eine Ansprache halten. Frauen Maria Dopler wird die Reden aus den über Jahren, vor allem vor dem zum Vortrag bringenden Aufsatzliche Vorträge umrahmen die Veranstaltung. Unkostenbeitrag 50 Mark. Karten in beschränkter Anzahl sind noch zu haben bei Frau Lise, Liebenburgerstraße 33.

Schießerei im Frankfurter Amtsgericht.

(Telegramm unseres Korrespondenten.) Frankfurt a. M., 16. März.

In einer Abteilung des hiesigen Amtsgerichts sollte der Schußmacher Bremser durch Amtsgerichtsrat Siebel in einer Kammungsfrage vernommen werden. Am Schluß der Vernehmung ergriff Bremser einen Schritt, um ihn nach dem Richter zu werfen, wurde aber daran gehindert. Darauf goss Bremser einen Revolver und schoss zweimal, ohne zu treffen. Das Publikum geriet in große Erregung. Man bemühte sich, des Täters habhaft zu werden, der in das Erdgeschloß lief, um nach dem Ausgang zu gelangen. Dort verstauchte der Justizwachmeister Richter die stehenden festzuhalten, bekam aber einen Schuß in die Brust. Schwerverletzt wurde Richter ins Krankenhaus gebracht; der Täter wurde verhaftet.

Die Waffenfunde auf Schloß Caputh.

Vernehmung des Schloßbesizers.

Im Laufe des heutigen Vormittags wurde die, wie berichtet, auf Schloß Caputh aufgefundenen Waffen beschlagnahmt und werden nach Potsdam überführt werden. Die zuständigen Verwaltungen stellen in Potsdam, die mit der Nachforschung über die Angelegenheit betraut sind, haben gleichzeitig den Schloßbesitzer Herrn v. Willkner vernommen. Er behauptet, daß bereits Ende 1918 die Waffen von einem seiner Freunde nach Caputh gebracht und ihm zur Aufbewahrung übergeben worden seien. Er selbst habe sich um die Sache dann nicht mehr gekümmert. Auch die anderen Bewohner des Schloßes, darunter der frühere Oberleutnant der Schutzpolizei, v. Kessel, der einen Gartenpavillon des Schloßes bewohnt, wurden darüber vernommen, wann die Waffen nach Schloß Caputh geliefert worden seien, da gewisse Angaben darauf hindeuten, daß die Mauer, die das Versteck der M.O. umschloß, erst vor kürzere Zeit aufgeführt worden ist. Man bringt den Waffenschatz in Caputh mit Diebstählen in Verbindung, die vor etwa anderthalb Jahren in verschiedenen Potsdamer Arzelen festgelegt worden waren. Der Schloßbesitzer wird sich nun wegen Waffenhinterziehung und wegen Verstoßes gegen die Verordnung über Waffenablieferung zu verantworten haben.

Von Regierungsrat Robert Coester, vormals Landrat in Jaroschin, jetzt im Reichsministerium des Innern tätig, ist ein kleines Buch „Die Lösung Ostens“ erschienen, das interessantes und teilweise unbekanntes Material über die Vorgänge im ehemaligen deutschen Osten seit Kriegsende bringt. Die Schrift ist bei Georg Stilke erschienen.

